

Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Juni 2018

DREI LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN

Schneller Bau der Umgehungsstraße, Gütertransport auf der Bahnlinie, Bauschuttanlage auf dem Deponiegelände der ZAK in Kaiserslautern-diese drei Möglichkeiten wurden intensiv, auch teilweise kontrovers diskutiert, als etwas mehr als dreißig Bürgerinnen und Bürger auf Einladung des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach in der Gaststätte des TUS Olsbrücken zusammengekommen waren, um über die geplante Bauschuttdeponie in Kreimbach-Kaulbach zu sprechen.

SPD-Ortsvereinsvorsitzender Rolf Künne konnte Bürgermeister Harald Westrich an diesem Abend begrüßen, der im Verlauf der Veranstaltung die der Verbandsgemeinde Otterbach-Otterberg und ihm bekannt gewordenen Fakten vortrug. Ebenfalls anwesend war der Olsbrücker Ortsbürgermeister Peter Hesch.

Harald Westrich betonte in seinen Ausführungen, dass die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd das der Errichtung der Bauschuttdeponie im aufgelassenen Steinbruch in Kreimbach-Kaulbach vorgeschaltete Planfeststellungsverfahren führt. Sie habe ursprünglich versäumt, die Lautertalgemeinden des Landkreises Kaiserslautern, also auch Frankelbach und Olsbrücken, im Verfahren anzuhören. Das werde nunmehr nachgeholt, der Verbandsgemeindeverwaltung lägen die Unterlagen der SGD-Süd vor. Auf diese Unterlagen sich beziehend konnte Bürgermeister Westrich folgendes berichten:

Die Bauschuttdeponie im aufgelassenen Steinbruch Kreimbach-Kaulbach solle unbelasteten Bauschutt der Klasse DK 0 aufnehmen. Es fehle in der Pfalz an genügendem Deponieraum für Bauschutt DK 0. In Kreimbach-Kaulbach sei eine Lagerkapazität von 2,4 Mio Kubikmeter vorhanden. Man beabsichtige jährlich **220.000 to** Bauschutt einzulagern bzw. **290.000 to** Bauschutt abzulagern. Hinzu kommen jeweils 10.000 to Recyclingmaterial. Der Unterschied zwischen „Einlagerung“ und „Ablagerung“ sei nicht klar und müsse noch abgeklärt werden. Deshalb müsse man in Zukunft entweder von

230.000 Jahrestonnen oder 300.000 Jahrestonnen angeliefertes Material ausgehen. Antragsteller und Betreiber der Deponie sei die Süddeutsche Hartsteinwerke GmbH, Zweigstelle Kirn, eine Tochter der Basalt AG.

Den Unterlagen könne man weiterhin entnehmen, dass der Betreiber auf der Rückfahrt nach Ablieferung des Bauschutts in Kreimbach-Kaulbach aus dem Steinbruch Jettenbach Schotter laden wolle, um somit Leerfahrten zu vermeiden. Letztere Tatsache sei erst seit kurzem bekannt geworden. Die beabsichtigte Laufzeit der Ab- und Einlagerung in die Deponie Kreimbach-Kaulbach sei 16 Jahre.

Die Masse des Bauschutts werde aus der Vorderpfalz erwartet; Quoten werden aber nicht genannt. Die SGD-Süd habe den Steinbruch Kreimbach-Kaulbach als Deponiestandort ins Auge gefasst, weil man für die Anlieferung mit der B270 eine qualifizierte Straße für den LKW-Verkehr habe. Bei der Berechnung der möglichen LKW-Fahrten gehe er von 220 Arbeitstagen und einem Fassungsvermögen der eingesetzten LKW von ca. 20 Tonnen **im Durchschnitt** aus. Dies bedeute je nach Annahme von 230.000 Jahrestonnen oder 300.000 Jahrestonnen zu transportierendem Guts ca. **53** oder **68** LKW-Fahrten pro Arbeitstag. Dabei handle es sich aber nur um die Antransportfahrten. Auch sollte man darauf achten, dass die Fahrzeuge übers Jahr nicht gleichmäßig fahren, sondern die Schwerpunktzeiten zwischen **April und Oktober** liegen, so dass es in dieser Zeit deutlich mehr Fahrbewegungen gebe. Bei den Rück-

fahrten sei folgendes zu beachten: LKW, die im Steinbruch Jettenbach beladen werden, führen wohl nicht mehr durchs Lautertal zurück sondern an Kollweiler und Schwedelbach vorbei über den Kreisel Mackenbach zur Autobahn. Um welche Anzahl es sich dabei handle und ob eine nennenswerte Zahl durch das Lautertal – ggfs. unbeladen- zurückführen, sei nicht bekannt.

SPD-Ortsvereinsvorsitzender Rolf Künne dankte Bürgermeister Westrich für seine Informationen. Er wies weiter darauf hin, dass Bürgermeister Westrich und der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach drei Lösungsmöglichkeiten zur Verhinderung oder Abmilderung der großen Verkehrsbelastung für Olsbrücken sähen:

1. Bau der Umgehungsstraße: Dadurch bekommt man den Verkehr aus Olsbrücken heraus. Aber: Nach Rücksprache mit Herrn Lutz, Leiter des Landesbetriebs Mobilität(LBM) in Kaiserslautern durch Bürgermeister Westrich, dem SPD-Ortsverein (auch die Bürgerinitiative hat mit Lutz gesprochen) hat sich eine erhebliche Dauer für die Verwirklichung der Umgehungsstraße ergeben. Aufgrund der massiven Einwände der Umweltverbände gegen Teile der geplanten Trassenführung der Umgehungsstraße (Bündelung der neuen Trasse mit der Bahnlinie und dem Lauf der Lauter) hat man sich für den Neubeginn des Planfeststellungsverfahrens entschieden. Ein Ingenieurbüro wird bis Sommer 2018 die Planunterlagen fertiggestellt haben. Danach geht es in die Anhörung der Beteiligten, die Offenlegung der Pläne und in die Bewertung etwaiger Einwände. Sollte alles glatt verlaufen, also keine neuen erheblichen Einwände auftreten, geht man von einem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens im späten Jahr 2019, spätestens im Jahr 2020 aus. Aus den Reihen der Anwesenden wurde darauf hingewiesen, dass die Umweltverbände ihre bisherigen Gegenvorstellungen berücksichtigt bekommen haben, so dass von einem schnellen Abschluss des Planfeststellungsverfahrens ausgegangen werden könne. Außerdem spiele der zu erwartende zusätzliche erhebliche Deponieverkehr dem Umgehungsstraßenbau in die Hände, weil man wegen der zusätzlichen Belastung von einem Interesse an der schnellen Befahrbarkeit der Umgehungsstraße ausgehen könne. Lutz hat fernerhin deutlich gemacht: Die Zeit

nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens bis zum Befahren der Straße sei mit **4-5 Jahren** anzusetzen, nämlich für Vorbereitungszeiten, Ausschreibungen, Auftragsvergaben und Bau. **Realistischerweise könne mit einer Befahrbarkeit vor 2025 nicht gerechnet werden, unter optimalen Bedingungen käme 2024 in Betracht; es könne aber auch eine Zeit nach 2025 möglich sein.**

Die Versammlung stellte übereinstimmend fest: **Auf jeden Fall ist mit einem Transportbeginn zur Deponie vor Fertigstellung der Umgehungsstraße zu rechnen und dass wohl einige Jahre lang der zusätzliche Verkehr durch Olsbrücken rollen wird.**

2. Rolf Künne führte fernerhin aus: Eine Alternative könnte die Verlagerung des Bauschutttransportes auf die Lautertalbahn sein. Bürgermeister Westrich erklärte, er habe mit einem Vertreter der Bahn im Vorfeld dieser Veranstaltung Rücksprache gehalten. Dieser habe darauf hingewiesen: Ein Gütertransport auf der Lautertalbahnstrecke sei grundsätzlich möglich und durchführbar. Aber: Es müsse erheblich in die Infrastruktur investiert werden, wenn man den Bauschutt zumindest teilweise auf der Bahnlinie transportieren wolle. Denn: Es müssten an einigen Stellen Umladestationen-vom LKW auf die Bahn, von der Bahn auf den LKW-gebaut werden und am Steinbruch Kreimbach-Kaulbach ein eigenes Be- und Entladegleis errichtet werden, weil das alte Gleis vor Jahren abgebaut worden sei. **Es müsse die Wirtschaftlichkeit eines solchen Transportes geprüft werden, welche aber bei den großen Mengen zu transportierender Ware möglich erscheine.** An diesem Thema entzündete sich eine heftige und auch kontroverse Diskussion unter den Versammlungsteilnehmern. Einige meinten, der Bahntransport sei eine Illusion, bei dem anstehenden Aufwand sei er unwirtschaftlich. Außerdem werde bei einer Verlagerung des Bauschutttransportes auf die Bahn das Argument für einen beschleunigten Umgehungsstraßen-ausbau-erheblicher zusätzlicher LKW-Verkehr auf der B270- geschwächt. Andere hielten dagegen: Jede Möglichkeit, vom zusätzlichen LKW-Verkehr wegzukommen, müsse ausgelotet werden. Auch sei die Erwartung einer Beschleunigung des Umgehungsstraßenbaus zumindest zweifelhaft. Die Ausführungen von Lutz (LBM) sprächen dagegen.

Vermittelnd wies Bürgermeister Harald Westrich darauf hin, dass die SGD-Süd die Bahntransportmöglichkeit prüfen müsse, was die Entscheidung im Planfeststellungsverfahren verzögern könne, also Zeitgewinn bis zur Fertigstellung der Umgehungsstraße bringe. Eine gemeinsame Auffassung zum Bahntransport war in der Versammlung nicht zu erzielen. (Mittlerweile hat die Bahn AG nach Auskunft des Ortsbürgermeisters erklärt, das Planungs-Genehmigungs- und Bauverfahren für den Gleisneubau zur Bauschuttdeponie werde mehrere Jahre dauern. Die SPD hat deshalb ihre Vorstellungen zum Bahntransport zurückgezogen, weil eine zeitnahe Lösung für den anstehenden Transportverkehr nach dieser Auskunft nicht möglich erscheint).

3. Als dritte Möglichkeit informierte SPD-Ortsvereinsvorsitzender Rolf Künne die Anwesenden über eine mögliche Ablagerung des Bauschutts auf der Deponie der ZAK in Kaiserslautern. Er habe mit dem Geschäftsführer der ZAK, Jan Deubig, gesprochen. Nach dessen Angaben sei die ZAK in der Lage, 300.000 to Bauschutt jährlich zusätzlich aufzunehmen. Die Lagerkapazität auf der ZAK gehe bis in die Jahre 2040/2050.

Eine solche Lösung hätte einige Vorteile:

Einerseits käme es nicht zu einem zusätzlichen LKW-Verkehr im Lautertal, zumindest nur zu einem stark verminderten. Andererseits gäbe es eine erhebliche Umweltentlastung von Lärm, Abgasen und Schmutz. Da die Masse des Bauschutts aus der Vorderpfalz kommt, sind die Transportwege zur ZAK-Deponie kürzer als zur Bauschuttdepo-

nie in Kreimbach-Kaulbach und bis zur ZAK-Deponie ist ganz überwiegend der Transport über die Autobahn möglich.

Rolf Künne wies aber auch darauf hin, dass es wenigstens zwei ernst zu nehmende Argumente gegen eine solche Lösung gebe. **Zum einen ist man mit der Planung einer Bauschuttdeponie in Kreimbach-Kaulbach schon sehr weit, so dass ein Abweichen schwerfallen werde. Zum anderen habe die Bauschuttdeponie der ZAK die Erlaubnis zur Aufnahme von belasteten Bauschutt (sog. DK 1). Lagere man unbelasteten Bauschutt der Klasse DK 0, wie für die Deponie in Kreimbach-Kaulbach vorgesehen, ein, ginge Deponieraum für belasteten Bauschutt verloren.**

Die Versammlung nahm diese Informationen lediglich zur Kenntnis, eine vertiefte Diskussion erfolgte nicht.

Abschließend waren sich die Teilnehmer einig: **Das Problem ist so ernsthaft, dass man im Lautertal, auch in Olsbrücken, wenn man nicht erheblichen Belastungen ausgesetzt werden wolle, sich intensiv, dringend und gemeinsam mit der Bauschuttdeponie in Kreimbach-Kaulbach auseinandersetzen und sich auch gegebenenfalls zur Wehr setzen müsse.**

SPD-Ortsvereinsvorsitzender Rolf Künne sagte zu:

Der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach bleibt am Ball und versucht das Bestmögliche herauszuholen. Er bietet allen politischen und gesellschaftlichen Kräften eine faire Zusammenarbeit an.

NEUES AUS FRANKELBACH

Wie es schon gute Tradition geworden ist, haben sich Frankelbacher Bürgerinnen und Bürger zusammengefunden und an der Verschönerung des Ortes gearbeitet. So sind unter anderem die **Blumenkästen** in der Ortsmitte sommerlich bepflanzt worden und werden weiterhin gepflegt.

Am alten Friedhof sind die Anlagen rund um das Denkmal instandgesetzt worden, das gesamte Gelände ist sehr ansehnlich. Auch um

den Friedhof herum, sieht alles sauber und gepflegt aus. Der Ortsgemeinderat hat in seiner letzten Sitzung die Vergabe für die **Dacharbeiten an der alten Schutzhütte** beim Friedhof beschlossen. Somit gehen die Arbeiten an der Vollendung des gesamten Komplexes erfreulicherweise wieder ein Stück weiter.

Vielen Dank für diesen Einsatz!

UMSETZUNGEN AUS DEM SPD-REGIERUNGSPROGRAMM

Erinnern Sie sich noch an die Einzelheiten des SPD-Regierungsprogramms (Wahlprogramms)? Wenn nein, schauen Sie bitte in die Dorfschellausgabe vom Februar 2018. Dort ist alles aufgeführt.

Mittlerweile sind einige wichtige Punkte dieses Programms in der Bundesregierung beschlossen und haben teilweise auch den Bundestag als Gesetz passiert. Dazu gehören insbesondere:

-13000 neue Stellen im Bereich der Pflegeberufe sollen geschaffen werden, um einen Pflegenotstand zu verhindern,

-Wegfall des Schulgeldes in Pflegeberufen: Um die Pflegeberufe interessanter zu machen, hat man den Unsinn, für seine Ausbildung zur Pflegekraft zahlen zu müssen, beseitigt,

-Einrichtung einer sog.

„**Musterfeststellungsklage**“: Betroffene Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen einen Großkonzern (z.B. Autobauer) zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen gerichtlich wenden wollen, können sich einer „Musterklage“ eines Verbraucherverbandes anschließen. Das Urteil in diesem Verfahren ist verbindlich. Wegen der Schadenshöhe müssen die Bürger aber sodann

eigenständig klagen,

-Rückkehrmöglichkeit auf eine Vollzeitstelle aus Teilarbeitszeit heraus: Arbeitnehmer sollen einen Anspruch auf Rückkehr auf eine Vollzeitstelle haben, wenn sie vorübergehend in Teilzeit waren (**also: Entkommen aus der Teilzeitfalle**),

-Zukünftig zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber **gleichhohe Krankenkassenbeiträge**. Bisher mussten die Arbeitnehmer mehr als die Hälfte bezahlen. Das bringt den Arbeitnehmern insgesamt mehr als sieben Milliarden Euro in die Haushaltskassen.

Also: Die SPD hält Wort und setzt zügig ihr Regierungs- und Wahlprogramm um. Wir sagen: Weiter so!

NEUES AUS OLSBRÜCKEN

Der Ortsgemeinderat Olsbrücken hat auf **Antrag der SPD-Fraktion** wegen des zu erwartenden gewaltigen Zulieferverkehrs zum Steinbruch Kreimbach-Kaulbach (geplante Bauschuttdeponie) eine Resolution verabschiedet. Neben der Beschreibung der zukünftigen Situation wird darin unter anderem ein beschleunigter Ausbau der Umgehungsstraße Olsbrücken gefordert.

Nachdem der Ortsbürgermeister den Rat darüber informiert hatte, dass nach Auskunft der Bahn AG ein Gleisneubau zur geplanten Bauschuttdeponie ein Planungs-Genehmigungs- und Bauverfahren von mehreren Jahren mit sich bringe, hat die SPD-Fraktion ihre Forderung nach Prüfung einer Verlagerung der Bauschutttransporte auf die Bahnstrecke fallen lassen. Denn: **Wenn es mehrere Jahre dauert, bis ein Gleisbau realisiert werden könnte, wäre die meiste Transportzeit schon verflossen, bevor, wenn überhaupt, Güter auf der Bahnstrecke befördert werden könnten.**

Der von der SPD-Fraktion geforderte und initiierte **Feldwegeausbau** nimmt Formen an und kommt zu Ergebnissen. Nachdem schon der Ausbau des Weges in der Verlängerung der Hebelstraße in Angriff genommen wurde, sollen nun

der Weg zum Hundeplatz und der von den Wörsbacher Windrädern in Richtung Olsbrücken führende Weg ausgebaut werden.

Gabi Klein – Ratsmitglied der SPD-Fraktion hat auf dem Feldweg von der früheren Opensteiner Mühle zum Hundeplatz den „Eichenprozessionsspinner“ entdeckt. Dieser ist ein Schädling, der Bäume befällt und diese zum Absterben bringt. Darüber hinaus ist er aber auch für Menschen gefährlich und kann schwere Allergien auslösen. Gabi Klein hat sich umgehend an den Ortsbürgermeister gewandt, diesen entsprechend informiert und um schnelle fachgerechte Beseitigung gebeten.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.

Auflage dieser Ausgabe: 660

Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)